

## **Antrag**

**der Abgeordneten Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, Gudrun Kopp, Martin Zeil, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **„Goldener Schnitt 2012“ verwirklichen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wichtige Kennzahlen einer soliden Staatswirtschaft nähern sich denjenigen Werten, die die schwarz-gelbe Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP seit 1982 – quasi in Vorbereitung auf die deutsche Wiedervereinigung – bis 1989 erreicht hatte. Insbesondere ist zum ersten Mal seit 1989 wieder ein ausgeglichener Staatshaushalt (Zusammenfassung der Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen) im nächsten Jahr zu erwarten. Allerdings ist die Schuldenquote noch viel zu hoch und die öffentlichen Investitionen sind stark reduziert. Staat und Wirtschaft befinden sich zurzeit in einem „Tugendkreislauf“ (circulus virtuosus) der nicht unterbrochen, sondern verstärkt werden muss. Dafür bedarf es einer abgestimmten Reformstrategie, die mittelfristig, also über das Ende der Legislaturperiode hinaus, anzulegen ist.

Reformen der Arbeits- und Gütermärkte sowie die Sicherung der öffentlichen Finanzen gehören zusammen und müssen ineinander greifen. Am Arbeitsmarkt gilt es, Flexibilität und Sicherheit im Gleichschritt zu verbessern. Darüber hinaus sind neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Liberalisierung der Märkte (z. B. Post) oder die standortsichernde Reduzierung von Produktionskosten (z. B. Energie) zu erschließen.

Anpassungsfähigkeit im privaten Bereich setzt Anpassungsräume im Staatssektor voraus. Vorrangig geht es dabei darum: Die Ziele Steuer- und Abgabensenkung, Haushaltskonsolidierung und öffentliche Investitionen konkurrieren um knappe Ressourcen und müssen deshalb aufeinander abgestimmt werden. Im Ergebnis steht kein Schrumpfstaat sondern eine starke Gemeinschaft, die sich mehr Bildung, mehr Investitionen und mehr Rechtssicherheit leisten kann.

Vorrang hat der Defizitabbau. Solange die öffentlichen Haushalte sich zu Lasten der Zukunft zusätzlich verschulden, um laufende Ausgaben zu finanzieren, sind höhere Ausgaben oder Steuer- und Abgabenerleichterungen nicht verantwortbar und auch nicht zweckmäßig. Die Schulden von heute müssten durch zusätzliche Zinsausgaben in der Zukunft finanziert werden und reduzierten damit künftige Haushaltsspielräume.

Kontinuierlich und in Schritten sollte der Anteil der öffentlichen Investitionen, der in den letzten 20 Jahren von rund 2½ Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 1½ Prozent gefallen ist, wieder aufgebaut werden. Richtig gesetzte und richtig bemessene öffentliche Investitionen fördern die private Bildung von Kapital und schaffen so zusätzliche Wachstumsspielräume. Viel hängt allerdings von der genauen Zuordnung der öffentlichen Mittel zu sinnvollen, zukunftssträchtigen Projekten ab. Insofern bedarf es hier einer zeitlich gestreckten Verbesserung. In der Reihenfolge sollte daher unmittelbar mit der Steigerung der öffentlichen Investitionsausgaben begonnen werden.

Da die Gemeindefinanzen – wie die aktuelle Finanzvorschau zeigt – bei der Konsolidierung am weitesten fortgeschritten sind und hier gleichzeitig der Schwerpunkt öffentlicher Investitionen liegt, sind die Voraussetzungen für diesen Teil der staatlichen Gesundheitsstrategie bereits vorhanden. Auch der Bund muss bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Verkehrsinfrastruktur mehr tun, damit sein Haushalt nicht allein von sozialer Umverteilung geprägt ist, sondern sich Wachstums- und Beschäftigungszielen unterordnet.

Sozialabgaben sind Teil der Arbeitskosten und insofern zentraler Standortfaktor der deutschen Industrie im weltweiten Wettbewerb. Günstige Steuern schaffen Arbeitsanreize – gerade für die Fach- und Führungskräfte und die mittelständische Wirtschaft, die im Kern die wirtschaftliche Dynamik mitverantworten. Die Unternehmensteuerreform ist ein kleiner, nicht ausreichender Schritt nach vorn. Mittelfristig müssen auch die Lohn- und Einkommensteuerzahler von Steuerensenkungen profitieren, nachdem sie zuletzt die Mehrwertsteuerbelastung mittragen mussten.

Die Skizze zeigt, dass die dauerhafte Gesundung der Staatsfinanzen in einem überschaubaren Zeitraum gelingen und ein „Tugendzirkel“ in Gang gesetzt werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass alle staatlichen Stellen gemeinsam handeln und Belastungen und Aufgaben so verteilt werden, dass Haushaltsdisziplin bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen sowohl im eigenen als auch im gesamtstrategischen Interesse ganz oben auf der Tagesordnung verbleiben. Liefen dagegen die Finanzentwicklung der einzelnen Kassen auseinander (insbesondere der Bund wird absehbar bei der Konsolidierung zurück bleiben), wären die gesamtstaatlichen Konsolidierungsziele nicht mehr durchzusetzen. Mitentscheidend ist deshalb die Einnahmeverteilung zwischen den Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen. Korrekturen an früheren Planungen und Vereinbarungen sind dabei keine „Verschiebe-Bahnhöfe“ sondern unverzichtbare Reaktionen auf sich wandelnde Realitäten.

Wirtschafts- und Finanzpolitik sind eine inhaltliche Einheit. Rein fiskalische Konzepte, die sich lediglich auf den Ausgleich der Haushalte ausrichten, sind nicht zielführend. Auch überspitzte Theorien von öffentlicher Armut bei privatem Reichtum sind für eine vernünftige Zukunftsplanung wenig hilfreich. Der über den Konjunkturfluss hinweg ausgeglichene Haushalt ist nach den nationalen und internationalen Erfahrungen und angesichts der Zukunftsgefahren durch überbordende öffentliche Verschuldung ein zentraler Eckpunkt künftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik. Im Zuge der Konsolidierung ist zugleich die Qualität der öffentlichen Ausgaben in Richtung investiver Verwendungen vorrangig. Was dabei als investiv zu betrachten ist, entscheidet der gesamtwirtschaftliche Ertrag solcher Verwendungen und nicht die Haushaltssystematik oder -dogmatik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Defizite in den öffentlichen Haushalten dauerhaft und vollständig zu vermeiden und dadurch die öffentliche Verschuldung Schritt für Schritt in ihrer Belastungswirkung zurückzuführen;
2. die Belastungen durch Steuern und Abgaben dauerhaft zu senken. Was den Bürgern wegen vordringlicher Konsolidierungsnotwendigkeiten abgefordert wurde, muss ihnen in besseren Zeiten zurückgegeben werden;
3. den Anteil der öffentlichen Investitionen – nicht nur in Beton, sondern vor allem auch in Bildung und berufliche Fähigkeiten – wieder zu erhöhen, der in Jahren notleidender Staatswirtschaft zu stark vernachlässigt worden ist.

Berlin, den 4. Juli 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

